

# Verordnung des SBFI über die berufliche Grundbildung Produktionsmechanikerin/Produktionsmechaniker mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis (EFZ)

412.101.220.89

vom 3. November 2008 (Stand am 1. Januar 2018)

---

**45716**      **Produktionsmechanikerin EFZ/Produktionsmechaniker EFZ**  
**Mécanicienne de production CFC/Mécaniciens de production CFC**  
**Meccanica di produzione AFC/Meccanico di produzione AFC**

---

*Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI),  
gestützt auf Artikel 19 des Berufsbildungsgesetzes vom 13. Dezember 2002<sup>1</sup>,  
auf Artikel 12 der Berufsbildungsverordnung vom 19. November 2003<sup>2</sup> (BBV)  
und auf Artikel 4 Absatz 4 der Jugendarbeitsschutzverordnung  
vom 28. September 2007<sup>3</sup> (ArGV 5),  
verordnet:<sup>4</sup>*

## 1. Abschnitt: Gegenstand und Dauer

**Art. 1**      Berufsbezeichnung und Berufsbild

<sup>1</sup> Die Berufsbezeichnung ist Produktionsmechanikerin EFZ oder Produktionsmechaniker EFZ.

<sup>2</sup> Produktionsmechanikerinnen EFZ und Produktionsmechaniker EFZ fertigen Werkstücke mit verschiedenen Fertigungsverfahren, bauen Geräte, Apparate oder Maschinen zusammen. In Zusammenarbeit mit anderen Fachleuten bearbeiten sie Aufträge oder Projekte und führen Inbetriebnahmen und Instandhaltungsarbeiten aus. Sie führen die Arbeiten unter Berücksichtigung der Energie- und Ressourceneffizienz aus.<sup>5</sup>

Produktionsmechanikerinnen EFZ und Produktionsmechaniker EFZ zeichnen sich aus durch wirtschaftliches und ökologisches Denken und Handeln. Ihre Aufträge realisieren sie systematisch und weitgehend selbständig. Sie sind es auch gewohnt im Team zu arbeiten und sind aufgeschlossen gegenüber Neuerungen. Sie beachten

AS 2008 6423

<sup>1</sup> SR 412.10

<sup>2</sup> SR 412.101

<sup>3</sup> SR 822.115

<sup>4</sup> Fassung gemäss Ziff. I 61 der V des SBFI vom 24. Nov. 2017 über die Änderung von Bildungsverordnungen betreffend das Verbot gefährlicher Arbeiten, in Kraft seit 1. Jan. 2018 (AS 2017 7331).

<sup>5</sup> Fassung vom 9. November 2015, in Kraft seit 1. Januar 2016

die Grundsätze der Arbeitssicherheit, des Gesundheitsschutzes und des Umweltschutzes.

### **Art. 2** Dauer und Beginn

<sup>1</sup> Die berufliche Grundbildung dauert 3 Jahre.

<sup>1bis</sup> Inhaberinnen und Inhabern eines eidgenössischen Berufsattestes als Mechanikpraktikerin oder Mechanikpraktiker wird das erste Jahr der beruflichen Grundbildung angerechnet.<sup>6</sup>

<sup>2</sup> Der Beginn der beruflichen Grundbildung richtet sich nach dem Schuljahr der zuständigen Berufsfachschule.

## **2. Abschnitt: Ziele und Anforderungen**

### **Art. 3** Ziele und Anforderungen

<sup>1</sup> Die Ziele und Anforderungen der beruflichen Grundbildung werden in Form von Handlungskompetenzen nach Artikel 4 beschrieben.

<sup>2</sup> Zur Ausübung der Handlungskompetenzen sind Ressourcen gemäss Artikel 5 notwendig.

### **Art. 4** Handlungskompetenzen

<sup>1</sup> Die Basisausbildung umfasst folgende Handlungskompetenzen:

Obligatorische Handlungskompetenzen:

b.1 Werkstücke messen und prüfen;

b.2 Werkstücke manuell fertigen;

Wahlpflicht-Handlungskompetenzen:

b.3 Bauteile fügen.<sup>7</sup>

b.4 Werkstücke mit konventionellem Fertigungsverfahren drehen I;

b.5 Werkstücke mit konventionellem Fertigungsverfahren fräsen I.

<sup>2</sup> Der Aufbau der obligatorischen Handlungskompetenzen und zwei Wahlpflicht-Handlungskompetenzen der Basisausbildung ist für alle Lernenden verbindlich und muss bis spätestens Ende des zweiten Bildungsjahres abgeschlossen sein.<sup>7</sup>

<sup>3</sup> Ergänzungsausbildung, die zur spezifischen Vorbereitung auf die Schwerpunktausbildung dient und deren Umfang und Inhalt vom Lehrbetrieb gewählt wird.

In der Ergänzungsausbildung muss jede lernende Person eine Handlungskompetenz aufbauen.

<sup>6</sup> Eingefügt am 9. November 2015, in Kraft seit 1. Januar 2016

<sup>7</sup> Fassung vom 5. Juli 2012, rückwirkend in Kraft seit 1. Juli 2012

- <sup>4</sup> Die Schwerpunktausbildung umfasst folgende Handlungskompetenzen:
- s.1 Werkstücke mit konventionellem Fertigungsverfahren fertigen;
  - s.2 Werkstücke mit CNC-Fertigungsverfahren fertigen;
  - s.3 Schweisskonstruktionen herstellen;
  - s.4 Décolletageteile mit konventionellem Fertigungsverfahren fertigen;
  - s.5 Décolletageteile mit CNC-Fertigungsverfahren fertigen;
  - s.6 Baugruppen und Maschinen montieren und Endabnahmen durchführen;
  - s.7 Kontroll-, Wartungs- und Montagearbeiten durchführen;
  - s.8 Schneidwerkzeuge mit konventionellem Fertigungsverfahren fertigen;
  - s.9 Schneidwerkzeuge mit CNC-Fertigungsverfahren fertigen;
  - s.10 Werkstücke wärmebehandeln;
  - s.11 Werkstücke mit CNC-Laserstrahlschneiden fertigen;
  - s.12 Werkstücke mit CNC-Wasserstrahlschneiden fertigen;
  - s.13 Werkstücke mit Stanztechnik fertigen;<sup>8</sup>
  - s.14 Werkstücke mit Umformtechnik fertigen;<sup>8</sup>
  - s.15 Werkstücke mit Fügetechnik fertigen;<sup>8</sup>
  - s.16 Teile oberflächenbehandeln;<sup>9</sup>
  - s.17 Aufzugsanlagen montieren und in Betrieb nehmen.<sup>10</sup>

<sup>5</sup> In der Schwerpunktausbildung baut jede lernende Person mindestens eine Handlungskompetenz auf.

#### **Art. 5** Ressourcen

<sup>1</sup> Ressourcen sind Kenntnisse, Fähigkeiten und Haltungen, die für den Aufbau der Handlungskompetenzen von Bedeutung sind. Die Ressourcen werden zu fachlichen, methodischen und sozialen Ressourcen gebündelt.

<sup>2</sup> Beim Aufbau der Ressourcen arbeiten alle Lernorte eng zusammen und koordinieren ihre Beiträge.

<sup>8</sup> Fassung vom 31. März 2010

<sup>9</sup> Fassung vom 5. Juli 2012, rückwirkend in Kraft seit 1. Juli 2012

<sup>10</sup> Eingefügt am 9. November 2015, in Kraft seit 1. Januar 2016

### 3. Abschnitt: Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz und Umweltschutz

#### Art. 6<sup>11</sup>

<sup>1</sup> Die Anbieter der Bildung geben den Lernenden zu Beginn und während der Bildung Vorschriften und Empfehlungen zur Arbeitssicherheit, zum Gesundheitsschutz und zum Umweltschutz, insbesondere zur Gefahrenkommunikation (Gefahrensymbole, Piktogramme, Gebotszeichen) in diesen drei Bereichen, ab und erklären sie ihnen.

<sup>2</sup> Diese Vorschriften und Empfehlungen werden an allen Lernorten vermittelt und in den Qualifikationsverfahren berücksichtigt.

<sup>3</sup> Den Lernenden wird an allen Lernorten das Wissen über nachhaltige Entwicklung, insbesondere über den Ausgleich zwischen gesellschaftlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Interessen, vermittelt.

<sup>4</sup> In Abweichung von Artikel 4 Absatz 1 ArGV 5 und gemäss den Vorgaben nach Artikel 4 Absatz 4 ArGV 5 können die Lernenden entsprechend ihrem Ausbildungsstand für die im Anhang zum Bildungsplan aufgeführten Arbeiten herangezogen werden.

<sup>5</sup> Voraussetzung für einen Einsatz nach Absatz 4 ist, dass die Lernenden entsprechend den erhöhten Gefährdungen ausgebildet, angeleitet und überwacht werden; diese besonderen Vorkehrungen werden im Anhang zum Bildungsplan als begleitende Massnahmen der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes festgelegt.

### 4. Abschnitt: Anteile der Lernorte und Unterrichtssprache

#### Art. 7           Anteile der Lernorte

<sup>1</sup> Die Bildung in beruflicher Praxis erfolgt über die ganze Dauer der beruflichen Grundbildung im Durchschnitt an 4 Tagen pro Woche.

<sup>2</sup> Die schulische Bildung im obligatorischen Unterricht erfolgt in 1080 Lektionen. Davon entfallen auf den Sportunterricht 120 Lektionen.

<sup>3</sup> Die überbetrieblichen Kurse umfassen insgesamt mindestens 28 und höchstens 44 Tage zu je 8 Stunden und finden in den ersten beiden Bildungsjahren statt.

#### Art. 8           Unterrichtssprache

<sup>1</sup> Unterrichtssprache ist in der Regel die Landessprache des Schulorts.

<sup>2</sup> Zweisprachiger Unterricht in der Landessprache des Schulorts und in einer weiteren Landessprache oder in Englisch ist empfohlen.

<sup>3</sup> Die Kantone können andere Unterrichtssprachen zulassen.

<sup>11</sup> Fassung gemäss Ziff. II 61 der V des SBFJ vom 24. Nov. 2017 über die Änderung von Bildungsverordnungen betreffend das Verbot gefährlicher Arbeiten, in Kraft seit 1. Jan. 2018 (AS 2017 7331).

## 5. Abschnitt: Bildungsplan und Allgemeinbildung

### Art. 9 Bildungsplan<sup>12</sup>

<sup>1</sup> Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung liegt ein Bildungsplan vor, der von den verantwortlichen Organisationen der Arbeitswelt erlassen und vom SBFI genehmigt wird.

<sup>2</sup> Der Bildungsplan hat folgenden Inhalt:

- a. Er führt die Inhalte der Grundbildung sowie die Bestimmungen zur Arbeitssicherheit, zum Gesundheitsschutz und zum Umweltschutz aus und bestimmt, an welchen Lernorten welche Handlungskompetenzen vermittelt und gelernt werden;
- b. er bestimmt die Ressourcen, welche für den Aufbau der Handlungskompetenzen notwendig sind;
- c. er beinhaltet die Lektionentafel der Berufsfachschule;
- d. er beinhaltet die Aufteilung der überbetrieblichen Kurse über die Dauer der Grundbildung und ihre Organisation;
- e. er bezieht die Handlungskompetenzen konsistent auf das Qualifikationsverfahren und beschreibt dessen System.

<sup>3</sup> Dem Bildungsplan angefügt ist das Verzeichnis der Instrumente zur Förderung der Qualität der beruflichen Grundbildung mit Angabe der Bezugsquelle.<sup>13</sup>

### Art. 10 Allgemeinbildung

Für den allgemein bildenden Unterricht gilt die Verordnung des SBFI vom 27. April 2006<sup>14</sup> über Mindestvorschriften für die Allgemeinbildung in der beruflichen Grundbildung.

<sup>12</sup> Fassung vom 9. November 2015, in Kraft seit 1. Januar 2016

<sup>13</sup> Fassung gemäss Ziff. III 20 der V des SBFI vom 24. Nov. 2017 über die Änderung von Bildungsverordnungen betreffend das Verbot gefährlicher Arbeiten, in Kraft seit 1. Jan. 2018 (AS 2017 7331).

<sup>14</sup> SR 412.101.241

## **6. Abschnitt: Anforderungen an die Anbieter der betrieblich organisierten Grundbildung**

### **Art. 11** Fachliche Mindestanforderungen an Berufsbildnerinnen und Berufsbildner

Die fachlichen Mindestanforderungen im Sinne von Artikel 44 Absatz 1 Buchstaben a und b BBV an eine Berufsbildnerin oder einen Berufsbildner erfüllt, wer über eine der folgenden Qualifikationen verfügt:

- a. Produktionsmechanikerin EFZ/Produktionsmechaniker EFZ mit mindestens 2 Jahren beruflicher Praxis im Lehrgebiet;
- b. gelernter Mechapraktiker/gelernte Mechapraktikerin mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis und mit mindestens 2 Jahren beruflicher Praxis im Lehrgebiet;
- c. Polymechanikerin EFZ/Polymechaniker EFZ mit mindestens 2 Jahren beruflicher Praxis im Lehrgebiet;
- d. gelernte Polymechanikerin/gelernter Polymechaniker mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis und mit mindestens 2 Jahren beruflicher Praxis im Lehrgebiet;
- e. eidgenössisches Fähigkeitszeugnis eines verwandten Berufs mit den notwendigen Berufskennnissen im Bereich der Produktionsmechanikerin EFZ/des Produktionsmechanikers EFZ und mit mindestens 3 Jahren beruflicher Praxis im Lehrgebiet;
- f. einschlägiger Abschluss auf der Tertiärstufe und mindestens 2 Jahre berufliche Praxis im Lehrgebiet.

### **Art. 12<sup>15</sup>** Höchstzahl der Lernenden

<sup>1</sup> Betriebe, welche eine Berufsbildnerin oder einen Berufsbildner zu 100 Prozent oder zwei Berufsbildnerinnen oder Berufsbildner zu je mindestens 60 Prozent beschäftigen, dürfen eine lernende Person ausbilden.

<sup>2</sup> Mit jeder zusätzlichen Beschäftigung einer Fachkraft zu 100 Prozent oder von zwei Fachkräften zu je mindestens 60 Prozent darf eine weitere lernende Person im Betrieb ausgebildet werden.

<sup>3</sup> Als Fachkraft gilt, wer im Fachbereich der lernenden Person über ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis, ein eidgenössisches Berufsattest oder über eine gleichwertige Qualifikation verfügt.

<sup>4</sup> In Betrieben, die nur eine lernende Person ausbilden dürfen, kann eine zweite lernende Person ihre Bildung beginnen, wenn die erste in das letzte Jahr der beruflichen Grundbildung eintritt.

<sup>15</sup> Fassung vom 9. November 2015, in Kraft seit 1. Januar 2016

<sup>5</sup> In besonderen Fällen kann die kantonale Behörde einem Betrieb, der seit mehreren Jahren Lernende mit überdurchschnittlichem Erfolg ausgebildet hat, die Überschreitung der Höchstzahl der Lernenden bewilligen.

## 7. Abschnitt: Lern- und Leistungsdokumentation

### Art. 13 Im Betrieb

<sup>1</sup> Die lernende Person führt eine Lerndokumentation, in der sie laufend alle wesentlichen Arbeiten, die erworbenen Fähigkeiten und ihre Erfahrungen im Betrieb festhält.

2-3 ...<sup>16</sup>

### Art. 13<sup>a17</sup> Bildungsbericht

<sup>1</sup> Die Berufsbildnerin oder der Berufsbildner hält am Ende jedes Semesters den Bildungsstand der lernenden Person in einem Bildungsbericht fest. Sie oder er stützt sich dabei auf die Leistungen in der beruflichen Praxis und auf Rückmeldungen über die Leistungen in der Berufsfachschule und in den überbetrieblichen Kursen. Sie oder er bespricht den Bildungsbericht mit der lernenden Person.

<sup>2</sup> Die Berufsbildnerin oder der Berufsbildner und die lernende Person vereinbaren wenn nötig Massnahmen zum Erreichen der Bildungsziele und setzen dafür Fristen. Sie halten die getroffenen Entscheide und Massnahmen schriftlich fest.

<sup>3</sup> Die Berufsbildnerin oder der Berufsbildner überprüft die Wirkung der vereinbarten Massnahmen nach der gesetzten Frist und hält den Befund im nächsten Bildungsbericht fest.

<sup>4</sup> Werden die Ziele der vereinbarten Massnahmen nicht erreicht oder ist der Ausbildungserfolg gefährdet, teilt die Berufsbildnerin oder der Berufsbildner dies den Vertragsparteien und der kantonalen Behörde schriftlich mit.

### Art. 14 In der schulischen Bildung und in der schulisch organisierten Grundbildung

Die Anbieter der schulischen Bildung und die Anbieter schulisch organisierter Grundbildungen dokumentieren die Leistungen der Lernenden in den unterrichteten Bereichen und stellen ihnen am Ende jedes Semesters ein Zeugnis aus.

### Art. 15 Im überbetrieblichen Kurs

Die Anbieter der überbetrieblichen Kurse dokumentieren die Leistungen der Lernenden in der Form von Kompetenznachweisen.

<sup>16</sup> Aufgehoben am 9. November 2015, mit Wirkung seit 1. Januar 2016

<sup>17</sup> Eingefügt am 9. November 2015, in Kraft seit 1. Januar 2016

## 8. Abschnitt: Qualifikationsverfahren

### Art. 16 Zulassung zum Qualifikationsverfahren

<sup>1</sup> Zum Qualifikationsverfahren wird zugelassen, wer die berufliche Grundbildung erworben hat:

- a. nach den Bestimmungen dieser Verordnung;
- b. in einer vom Kanton dafür zugelassenen Bildungsinstitution; oder
- c. ausserhalb eines geregelten Bildungsganges und glaubhaft macht, den Anforderungen der Abschlussprüfung gewachsen zu sein.

<sup>2</sup> Von der beruflichen Praxis, die nach Artikel 32 BBV für die Zulassung zu einem Qualifikationsverfahren verlangt ist, müssen mindestens 3 Jahre im Bereich der Produktionsmechanikerin EFZ/des Produktionsmechanikers EFZ erworben worden sein.

### Art. 17 Gegenstand, Umfang und Durchführung des Qualifikationsverfahrens

<sup>1</sup> Im Qualifikationsverfahren ist nachzuweisen, dass die Handlungskompetenzen und Ressourcen nach den Artikeln 4–5 erworben worden sind.

<sup>2</sup> Die Teilprüfung findet in der Regel Ende des 4. Semesters statt. Dieser Qualifikationsbereich wird wie folgt geprüft:

- a. Die Teilprüfung umfasst Handlungskompetenzen der Basisausbildung. Sie dauert 6–8 Stunden. Die Lerndokumentation, die Unterlagen der überbetrieblichen Kurse und die Fachliteratur dürfen als Hilfsmittel verwendet werden.

<sup>3</sup> In der Abschlussprüfung werden die nachstehenden Qualifikationsbereiche wie folgt geprüft:

- a. Praktische Arbeit im Umfang von 16–40 Stunden als individuelle praktische Arbeit (IPA). Die Prüfung umfasst eine Handlungskompetenz der Schwerpunktausbildung. Die lernende Person muss zeigen, dass sie fähig ist, die geforderten Tätigkeiten fachlich korrekt sowie bedarfs- und situationsgerecht auszuführen. Die Lerndokumentation, die Unterlagen der überbetrieblichen Kurse und die Fachliteratur dürfen als Hilfsmittel verwendet werden.
- b. Berufskennnisse im Umfang von 2–3 Stunden. Die lernende Person wird schriftlich geprüft.
- c. Allgemeinbildung. Die Abschlussprüfung richtet sich nach der Verordnung des SBFI vom 27. April 2006<sup>18</sup> über die Mindestvorschriften für die Allgemeinbildung in der beruflichen Grundbildung.

<sup>18</sup> SR 412.101.241

**Art. 18** Bestehen, Notenberechnung, Notengewichtung

<sup>1</sup> Das Qualifikationsverfahren ist bestanden, wenn:

- a. die Teilprüfung mit der Note 4.0 oder höher bewertet wird; und
- b. der Qualifikationsbereich «praktische Arbeit» mit der Note 4.0 oder höher bewertet wird; und
- c. die Gesamtnote 4.0 oder höher erreicht wird.

<sup>2</sup> Die Gesamtnote ist das auf eine Dezimalstelle gerundete Mittel aus der Note der Teilprüfung, den Noten der einzelnen Qualifikationsbereiche der Abschlussprüfung sowie der Erfahrungsnote. Dabei gilt folgende Gewichtung:

- a. Teilprüfung: 25 %;
- b. praktische Arbeit: 25 %;
- c. Berufskennnisse: 15 %;
- d. Allgemeinbildung: 20 %;
- e. Erfahrungsnote: 15 %.

<sup>3</sup> Die Erfahrungsnote ist das auf eine ganze oder halbe Note gerundete Mittel aus der Summe der sechs Semesterzeugnisnoten des berufskundlichen Unterrichts.<sup>19</sup>

**Art. 19** Wiederholungen

<sup>1</sup> Die Wiederholung des Qualifikationsverfahrens richtet sich nach Artikel 33 BBV. Muss ein Qualifikationsbereich wiederholt werden, so ist er in seiner Gesamtheit zu wiederholen.

<sup>2</sup> Wird das Qualifikationsverfahren ohne erneuten Besuch der Berufsfachschule wiederholt, so wird die bisherige Erfahrungsnote beibehalten. Wird der berufskundliche Unterricht während mindestens 2 Semestern wiederholt, so zählen für die Berechnung der Erfahrungsnote nur die neuen Noten.

**Art. 20** Spezialfall

<sup>1</sup> Hat eine lernende Person die Vorbildung ausserhalb der geregelten beruflichen Grundbildung erworben und das Qualifikationsverfahren nach dieser Verordnung absolviert, so entfällt die Erfahrungsnote.

<sup>2</sup> Für die Berechnung der Gesamtnote werden die einzelnen Noten wie folgt gewichtet:

- a. Teilprüfung: 25 %;
- b. praktische Arbeit: 25 %;
- c. Berufskennnisse: 30 %;
- d. Allgemeinbildung: 20 %.

<sup>19</sup> Fassung vom 9. November 2015, in Kraft seit 1. Januar 2016

## 9. Abschnitt: Ausweise und Titel

### Art. 21

<sup>1</sup> Wer das Qualifikationsverfahren erfolgreich durchlaufen hat, erhält das eidgenössische Fähigkeitszeugnis EFZ.

<sup>2</sup> Das Fähigkeitszeugnis berechtigt, den gesetzlich geschützten Titel «Produktionsmechanikerin EFZ» oder «Produktionsmechaniker EFZ» zu führen.<sup>20</sup>

<sup>3</sup> Im Notenausweis werden aufgeführt:

- a. die Gesamtnote;
- b. die Note der Teilprüfung, die Noten jedes Qualifikationsbereichs der Abschlussprüfung sowie die Erfahrungsnote.

## 10. Abschnitt:

### Schweizerische Kommission für Berufsentwicklung und Qualität für die Grundbildungen der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie

### Art. 22<sup>21</sup>

<sup>1</sup> Die Schweizerische Kommission für Berufsentwicklung und Qualität für die Grundbildungen der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie setzt sich zusammen aus:

- a. 10 bis 12 Vertreterinnen oder Vertretern der Arbeitgeberschaft;
- b. 3 bis 4 Vertreterinnen oder Vertretern der Arbeitnehmerschaft;
- c. 3 bis 4 Vertreterinnen oder Vertretern der Fachlehrerschaft;
- d. je mindestens eine Vertreterin oder ein Vertreter des Bundes und der Kantone.

<sup>2</sup> Die Sprachregionen müssen gebührend vertreten sein.

<sup>3</sup> Die Kommission fällt nicht in den Geltungsbereich der Kommissionenverordnung vom 3. Juni 1996<sup>22</sup>. Sie konstituiert sich selbst.

<sup>4</sup> Die Kommission hat insbesondere folgende Aufgaben:

- a. Sie überprüft die Bildungsverordnung und den Bildungsplan laufend, mindestens aber alle fünf Jahre, auf wirtschaftliche, technologische, ökologische und didaktische Entwicklungen. Dabei berücksichtigt sie allfällige neue organisatorische Aspekte der beruflichen Grundbildung.

<sup>20</sup> Fassung vom 9. November 2015, in Kraft seit 1. Januar 2016

<sup>21</sup> Fassung vom 9. November 2015, in Kraft seit 1. Januar 2016

<sup>22</sup> SR 172.31

- b. Sie ersucht die zuständige Organisation der Arbeitswelt, dem SBFJ Änderungen der Verordnung zu beantragen, sofern die beobachteten Entwicklungen eine Änderung der Verordnung erfordern.
- c. Sie stellt der zuständigen Organisation der Arbeitswelt Antrag auf Anpassung des Bildungsplans, sofern die beobachteten Entwicklungen eine Anpassung des Bildungsplans erfordern.
- d. Sie nimmt Stellung zu den Instrumenten für die Validierung von Bildungsleistungen.
- e. Sie nimmt Stellung zu Instrumenten zur Förderung der Qualität der beruflichen Grundbildung, insbesondere zu den Ausführungsbestimmungen über die Qualifikationsverfahren.

## 11. Abschnitt: Schlussbestimmungen

### Art. 23           Aufhebung bisherigen Rechts

<sup>1</sup> Es werden aufgehoben:

- a. das vorläufige Reglement vom 21. November 2000<sup>23</sup> über die Ausbildung und die Lehrabschlussprüfung für Mechapraktiker/Mechapraktikerin;
- b. der Lehrplan vom 21. November 2000<sup>24</sup> für den beruflichen Unterricht für Mechapraktiker/Mechapraktikerin.

<sup>2</sup> Die Genehmigungen werden widerrufen für:

- a. den Bildungsplan vom 8. November 2008 für Produktionsmechanikerin EFZ oder Produktionsmechaniker EFZ;
- b. das Qualifikationsprofil vom 4. August 2011 für Produktionsmechanikerin EFZ oder Produktionsmechaniker EFZ;
- c. die Bestehensregeln vom 4. August 2011 für Produktionsmechanikerin EFZ oder Produktionsmechaniker EFZ.<sup>25</sup>

### Art. 24           Übergangsbestimmungen

<sup>1</sup> Lernende, die ihre Bildung als Mechapraktikerin oder Mechapraktiker vor dem 1. Januar 2009 begonnen haben, schliessen sie nach bisherigem Recht ab.

<sup>23</sup> BBl 2001 I 1110

<sup>24</sup> BBl 2001 I 1110

<sup>25</sup> Eingefügt am 9. November 2015, in Kraft seit 1. Januar 2016

<sup>2</sup> Wer die Lehrabschlussprüfung als Mechapraktikerin oder Mechapraktiker bis zum 31. Dezember 2013 wiederholt, kann verlangen, nach bisherigem Recht beurteilt zu werden.

<sup>3</sup> Die Änderung vom 5. Juli 2012 gilt für alle Lernenden, die ihre Bildung nach dem 1. Januar 2012 begonnen haben.<sup>26</sup>

**Art. 24a<sup>27</sup>** Übergangsbestimmungen zur Änderung vom 9. November 2015

<sup>1</sup> Die Änderung vom 9. November 2015 gilt für alle Lernenden, die ihre Bildung als Produktionsmechanikerin EFZ oder Produktionsmechaniker EFZ nach dem 1. Januar 2016 begonnen haben.

<sup>2</sup> Die Änderung vom 9. November 2015 gilt für andere Qualifikationsverfahren gemäss Artikel 33 BBG und Artikel 31 BBV für Produktionsmechanikerin EFZ oder Produktionsmechaniker EFZ ab dem 1. Januar 2019.

**Art. 25** Inkrafttreten

<sup>1</sup> Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2009 in Kraft.

<sup>2</sup> Die Bestimmungen über Qualifikationsverfahren, Ausweise und Titel (Art. 16–21) treten am 1. Januar 2012 in Kraft.

<sup>3</sup> Die Bestimmungen über die Teilprüfung treten am 1. Januar 2011 in Kraft.

<sup>4</sup> Die Änderung vom 5. Juli 2012 tritt rückwirkend am 1. Juli 2012 in Kraft.<sup>28</sup>

<sup>26</sup> Eingefügt am 5. Juli 2012, rückwirkend in Kraft seit 1. Juli 2012

<sup>27</sup> Eingefügt am 9. November 2015, in Kraft seit 1. Januar 2016

<sup>28</sup> Eingefügt am 5. Juli 2012, rückwirkend in Kraft seit 1. Juli 2012